

Beschlüsse der 36. Sitzung des 20. Beirates Burglesum
vom 08.11.2022

*

Tagesordnungspunkt:

Bericht über das Programm „Lebendige Quartiere“

Beschluss: (einstimmig, bei einer Enthaltung)

Der Beirat nimmt den Bericht wohlwollend zur Kenntnis und sieht bereits jetzt einen Erfolg der Quartiersbegleitung vor Ort. Er wünscht sich im kommenden Jahr einen nochmaligen detaillierteren Zwischenbericht mit Empfehlungen zur weiteren Entwicklung. Eine Beendigung des Projekts nach drei Jahren würde sich wieder nachteilig auf das Quartier auswirken, wie es bereits nach dem Auslaufen der flankierenden WiN-Förderung ab 2014 an vielen Stellen erkennbar war. Der Beirat hält daher für eine langfristige positive Entwicklung des Alwin-Lonke-Quartiers eine Verlängerung des Landesprogramms „Lebendige Quartiere“ für zwingend erforderlich.

Tagesordnungspunkt:

Entwurf des Gewerbeentwicklungsprogramms für die Stadt Bremen 2030 (GEP)

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Entwurf des GEP2030 (Bearbeitungsstand 20.09.2022) zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt:

Aktueller Planungsstand zum Hochwasserrückhaltebecken an der Ihle

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt:

Dringlichkeitsantrag zur möglichen Unterbringung von Geflüchteten in Schulsporthallen

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt mit Verwunderungen Überlegungen zur Kenntnis, die Sporthalle der Oberschule Helsinkistraße zur Unterbringung von Flüchtlingen - im konkreten Fall unbegleitete Minderjährige - zu nutzen.

Er stellt fest, dass der Senat die mehrfach erhobene Forderung des Beirats, für kommende Herausforderungen bei der Unterbringung von Geflüchteten organisatorische und infrastrukturelle Vorsorge zu treffen, ohne andere Gruppen zu beeinträchtigen, nicht umgesetzt hat. Diese Versäumnisse dürfen nicht zu Lasten von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil gehen, die durch die Corona-Pandemie bereits massiv belastet wurden.

Der Beirat lehnt es grundsätzlich ab, dass Sporthallen zur Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen oder anderen Flüchtlingen zweckentfremdet werden. Er erwartet, dass der Senat sämtliche Planungen zur Unterbringung von Geflüchteten in Sportstätten im Stadtteil Burglesum sofort beendet und entsprechend den grundsätzlichen Verzicht auf entsprechende Maßnahmen verbindlich erklärt.